



AfR/04/2014

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung
am Mittwoch, dem 08.10.2014, 15:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:25 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Frau KTA Dörthe Heuer, 31603 Diepenau

Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeord-
neten Rüdiger Kalt-
ofen

Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg
Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Beratendes Mitglied

Herr Tobias Göckeritz, 31634 Steimbke
Herr Dr. Hans Reye, 31547 Rehburg-Loccum

Verwaltung

Herr Markus Arndt,
Herr BD Dietrich Pagels,
Frau Simone Schulze,
Herr Kreisrat Thomas Schwarz,
Herr KAR Carsten Stankewitz,

als Protokollführerin

Gast

Wilfried Konnemann,
Stephan Oehler,

Presse

Herr Reckleben, "Die Harke", Nienburg

Der Vorsitzende KTA Warnecke eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums und die nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 03.07.2014
- TOP 2: Veränderung der Gesellschafteranteile bei der Verkehrsgesellschaft Landkreis Nienburg mbH (VLN)
2014/204
- TOP 3: Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel
38. Ergänzung (Oktober 2014)
2014/190
- TOP 4: Bericht zur Y-Trasse und Alternativen
2014/203
- TOP 5: Breitband - Digitale Agenda Bund/Land und Umsetzungsoptionen im Landkreis Nienburg/Weser
2014/201
- TOP 6: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 7: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Warnecke	gez. Schulze	gez. Schwarz
Kreistagsabgeordneter	Verwaltungsfachangestellte	Kreisrat



Protokoll zu TOP 1

08.10.2014

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Regionalentwicklung vom 03.07.2014**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Gremium weist darauf hin, dass die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Nienburg/Weser, Frau Petra Bauer, an der Sitzung am 03.07.2014 anwesend gewesen sei.

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll.

Beratungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2014/204
08.10.2014

**Veränderung der Gesellschafteranteile bei der Verkehrsgesellschaft Landkreis
Nienburg mbH (VLN)**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Änderung der Gesellschafteranteile gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.
Die Gesellschaftervertreter des Landkreises bei der VGH und der VLN werden ermächtigt, ihre Zustimmung zu erklären.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 3

2014/190

08.10.2014

**Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel
38. Ergänzung (Oktober 2014)**

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Das Gremium beschließt wie folgt zu

Maßnahme 308: Das Gremium stimmt zu

Maßnahme 527: Das Gremium lehnt ab

Maßnahme 612: Das Gremium stimmt zu

Maßnahme 162: Beschlussvorlage soll in der nächsten Sitzung vorgelegt werden

Beratungsergebnis:

Maßnahme 308: Einstimmig

Maßnahme 527: Mit Stimmenmehrheit: 4 Ja-Stimmen , 6 Nein-Stimmen 1

Enthaltung

Maßnahme 612: Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Warnecke stellt fest, dass kein Bedarf für weitere Erläuterungen seitens der Verwaltung besteht.

Dipl.-Geogr. Arndt weist auf einen erst kurz vor dem Ausschuss eingegangenen Antrag der Stadt Nienburg hin, den Kostenrahmen für die Maßnahme 162 von 46.000 auf 72.000 € zu erhöhen. Diese Maßnahme sehe den Ausbau der Haltestellen Sparkasse und Nordertor vor. Nähere Erläuterungen, warum sich eine so starke Preisänderung ergeben habe, könne er nicht geben.

Kreisrat Schwarz gibt weitere Erläuterungen zur Maßnahme 308 (Erweiterung des GVH-Tarifs für die Bahnhöfe Eystrup und Leese). Er weist auf die Praxis des Klippklapp-Fahrens hin. Nach internen Berechnungen müssten mindestens 90 Pendler ab Eystrup eine Zeitkarte erwerben, damit der Vorteil für die Pendler die Höhe des erforderlichen Zuschusses durch den Landkreis übersteige. Derzeit nutzten aber nur etwa 54 Fahrgäste ab Eystrup eine Zeitkarte.

KTA Dr. Weghöft gibt bekannt, dass seine Fraktion die Maßnahme 308 unterstütze. Er weist auf das Engagement der Samtgemeinde Grafschaft Hoya und der Gemeinde Eystrup hin, die 50 % des Zuschusses tragen wollten. Daher betrage der Aufwand für den Landkreis Nienburg/Weser nur etwa 26.000 €. Er gehe ferner schon davon, dass durch die Verbesserung des Tarifs weitere Fahrgäste gewonnen werden könnten. Eine Entscheidung über die Aufstockung des Kostenrahmens für Maßnahme 162 solle vertagt werden, bis eine schlüssige Begründung für die Erhöhung der Kosten gegeben werden könne.

KTA Brunschön legt dar, dass auch seine Fraktion die Maßnahme 308 unterstütze. Für die Maßnahme 527 (Zuschuss für einen personenbedienten Fahrkartenverkauf am Bahnhof Eystrup) sei bereits zu Beginn des Jahres ein Beschluss für ein Jahr gefasst worden. Einer Erweiterung für weitere Jahre könne er nicht zustimmen.

KTA Brüning äußerte sich ebenfalls zustimmend zu Maßnahme 308 und ablehnend zur Maßnahme 527.

KTA Bergmann-Kramer befindet die Maßnahme 308 ebenfalls für gut. Er bedauert, dass Maßnahme 527 nicht auch umgesetzt werden könne.

KTA Leseberg stimmt nun auch der Maßnahme 308 zu, obwohl er sie nicht für wirtschaftlich halte. Die Maßnahme 527 lehnt er ab.

KTA Warnecke legt fest, dass über Maßnahme 162 heute kein Beschluss gefasst werden solle. Dies könne in der AfR-Sitzung am 14.10.2014 erfolgen.

Anmerkung der Kreisverwaltung: Die Stadt Nienburg wird eine Erläuterung über die Kostensteigerung erstellen. Ein Beschluss kann dann in der auf den 14.10.2014 folgenden Sitzung des AfR erfolgen.



Bericht zur Y-Trasse und Alternativen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

Kreisrat Schwarz berichtet zur Y-Trasse und deren Alternativen. Einzelheiten hat er anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt (siehe Anlage 1).

KTA Dr. Weghöft stellt die Frage, warum man die Strecke Nienburg – Wunstorf ausbauen wolle, die Strecke Verden – Nienburg aber nicht in Erwägung gezogen habe.

KTA Bergmann-Kramer schließt sich an und hält eine Anbindung bis Bremen ebenfalls für ausbauwürdig.

Kreisrat Schwarz bemerkt, dass es im Bereich Wunstorf – Nienburg vermehrt zu Engpässen komme.

Derzeit seien keine Auskünfte zu erhalten, ob der zweigleisige Ausbau Nienburg – Minden Aussicht auf Erfolg habe.

KTA Warnecke sagt, dass er eine Stärkung der Strecke Nienburg – Minden für sinnvoll erachte.

Ein Problem der Strecke Neustadt – Wunstorf seien die personenbezogenen Unfälle.

KTA Leseberg weist darauf hin, dass die S-Bahnen lediglich bis Nienburg fahren und dementsprechend die Auslastung auf dem Abschnitt zwischen Nienburg und Verden etwas geringer sei.



Protokoll zu TOP 5

2014/201

08.10.2014

Breitband - Digitale Agenda Bund/Land und Umsetzungsoptionen im Landkreis Nienburg/Weser

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

Kreisrat Schwarz berichtet einleitend, dass vorher den Hauptverwaltungsbeamten im Kreisgebiet Nienburg/Weser die Funktionsweisen einer kreisweiten Netzinfrastrukturplanung vorgestellt wurden und nach dem übereinstimmenden Votum in allen Gemeinden der Handlungsbedarf festgestellt und der Wunsch nach einer kreisweiten Netzinfrastrukturplanung zur Steuerung des weiteren Vorgehens geäußert worden sei. Die Hauptverwaltungsbeamten sehen dies übereinstimmend als Aufgabe von regionaler Bedeutung.

- / Anhand der als Anlage beigefügten Präsentation stellt Herr Konnemann Aufgaben und Tätigkeitsbereiche des Breitbandkompetenzzentrums sowie Inhalt, Sinn, Zweck und Nutzen der sog. Kreisweiten Netzinfrastrukturplanungen vor. Diese werden vom Land Niedersachsen als sinnvolles Steuerungsinstrument für eine möglichst flächendeckende Realisierung von hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen angesehen und deshalb mit öffentlichen Fördermitteln gefördert.

Zur Klarstellung ergänzt Herr Oehler, dass nach den beihilferechtlichen Bestimmungen der EU grundsätzlich öffentliche Mittel nicht den freien Markt beeinflussen sollen und deshalb nur dort, wo ein nachgewiesenes Marktversagen vorliegt, zum Einsatz gelangen dürfen. D. h. die öffentlichen Fördermittel werden in den Bereichen, die vom Markt unversorgt oder unterversorgt zurückgelassen werden, eingesetzt.

KTA Brunschön und Vors. KTA Warnecke stellen entsprechenden Handlungsbedarf insbesondere für die unterversorgten Bereiche des Kreisgebietes fest und begrüßen eine Initiative der Verwaltung zur Aufstellung einer kreisweiten Netzinfrastrukturplanung.

KTA Dr. Schmädecke vermisst in den dargestellten Reaktionsmöglichkeiten auf die Marktmechanismen insbesondere eine entsprechende Kostengerechtigkeit und die Prinzipien der Solidargemeinschaft. Diesbezüglich verweist er insbesondere auf die Bereiche der Trinkwasseranschlüsse und der Abwasserentsorgung, in denen die An-

schlüsse unabhängig von den Entfernungen für alle Anschlussnehmer zu gleichen Konditionen bereitgestellt werden.

KAR Stankewitz macht darauf aufmerksam, dass die Breitversorgung nicht mit den hoheitlichen zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge vergleichbar sei, da bei der Breitbandversorgung der Anschluss- und Benutzungszwang, der bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gebräuchlich ist und regelmäßig zur Anwendung gelangt, praktisch nicht anwendbar sein werde.

Kreisrat Schwarz stellt klar, dass auch eine kreisweite Netzinfrastrukturplanung nicht mit Sicherheit eine 100%ige, flächendeckende (hochleistungsfähige) Breitversorgung ermöglichen können werde, da schlussendlich die Einbindung aller außen oder einzeln liegenden Gebäude auch mit öffentlicher Förderung finanziell kaum leistbar sein werde. Er verweist auf die Ergebnisse der vom BMWI in Auftrag gegebenen Studie „Szenarien und Kosten für eine kosteneffiziente flächendeckende Versorgung der bislang noch nicht mit 50 Mbit/s versorgten Regionen“ (TÜV Rheinland 08/2013), die das Pareto-Prinzip in den Erschließungskosten nachbildet:

- 75% der Haushalte verursachen 5,3 Mrd. € Kosten
- 95% der Haushalte verursachen 11,8 Mrd. € Kosten
- 100% der Haushalte verursachen 19,5 Mrd. € Kosten

In Einzelfällen werde auch die Notwendigkeit einer Versorgung mit Hochleistungsbreitband im Sinne einer Kosten-/Nutzenanalyse am Individualbedarf beurteilt werden müssen.

Herr Göckeritz erinnert daran, dass insbesondere im ländlichen Bereich eine entsprechende Versorgung mit Hochleistungsbreitband für die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe von der gleichen Bedeutung und Notwendigkeit sei wie für die Industrieunternehmen in den Gewerbegebieten. Er betrachtet die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung als öffentliche Verpflichtung und Bestandteil der Daseinsvorsorge, da schlussendlich die landwirtschaftlichen Betriebe durch die öffentlich-rechtlichen Bestimmungen zu täglichen „Online-Meldungen“ via Internet gegenüber den von Landesbehörden betriebenen Datenbanken gezwungen seien. Insofern seien hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse selbstredend nicht nur verzichtbare Entertainoptionen, sondern vielmehr unverzichtbare Arbeitsmittel.

Kreisrat Schwarz kündigt eine kurzfristige Beschlussvorlage zur Beratung über die Beauftragung einer kreisweiten Netzinfrastrukturplanung und die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel an.

Weitere Einzelheiten und Informationen können der angefügten Präsentation entnommen werden (Anlage 2).



Protokoll zu TOP 6

08.10.2014

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

BD Pagels kündigt an, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung ein Antrag auf Beteiligung der Finanzierung der Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft in Höhe von 12.000,--€ vorgelegt werde.

Das Projekt könne somit um weitere 1,5 Jahre verlängert werden. Aus Sicht der Verwaltung werde diese Maßnahme befürwortet.



Protokoll zu TOP 7

08.10.2014

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

ohne